

Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V. Positionspapier

Finanzierung der Hochschulen

beschlossen am 2. November 2013 auf der bvmd-Medizinstudierendenversammlung in Münster

Zusammenfassung:

Die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V. (bvmd) sieht den Staat in der Verantwortung, die Gesundheitsversorgung in Deutschland sicherzustellen und deshalb Medizinstudierendenplätze in Deutschland zu finanzieren.

Sieht lehnt die (Teil-) Schließung von medizinischen Fakultäten ab und sieht private Hochschulen kritisch.¹

Die bvmd fordert eine stärkere Rolle der Bundesbildungspolitik bei der Finanzierung des Hochschulbereichs.

Hintergrund:

Aktuell (Hochschulbarometer vom Oktober 2013²) bewerten 45% der Hochschulrektoren die Finanzsituation ihrer Hochschule negativ. Im Ausblick für das kommende Jahr wird von einer weiteren Verschlechterung der Situation ausgegangen. Dabei fehle vor allem Geld für Bau- und Sanierungsmaßnahmen, sowie beim Personal.

Im Zuge der Förderalismusreform 2006 wurden die Kompetenzen von Bund und Ländern in der Bildungspolitik grundlegend geändert.³ Die Aufgaben des Hochschulbaus und der Bildungsplanung wurden Ländersache. Damit zog sich der Bund auch aus der Hochschulfinanzierung zurück. Lediglich in der Forschung darf der Bund finanzieren. Eine Ausnahme für die Lehre ergibt sich dann, wenn es eine überregionale Bedeutung und die Zustimmung aller Länder gibt (Beispiel: Hochschulpakt 2020)⁴.

Haupttext:

Die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V. (bvmd) sieht mit Sorge das immer wieder die Existenz von medizinischen Fakultäten wegen finanzieller Restriktion in der Hochschulfinanzierung, in Frage gestellt wird. Bereits 2010 und im Mai 2013 diskutierte die bvmd Perspektiven der medizinischen Fakultäten in Lübeck und Halle.⁵

1 http://bvmd.de/fileadmin/intern_alle/Positionspapiere/2013/2013-06-16_Positionspapier_Gegen_Privatisierungen_von_Uniklinika.pdf

2 http://www.stifterverband.de/publikationen_und_podcasts/positionen_dokumentationen/hochschul-barometer/hochschul-barometer_2012.pdf

3 <http://de.wikipedia.org/wiki/F%C3%B6deralismusreform#Bildungspolitik>

4 <http://www.bmbf.de/de/6142.php>

5 http://bvmd.de/fileadmin/intern_alle/Positionspapiere/2010/2010-06-13_Positionspapier_Fakultaetsschliessung_Luebeck.pdf

http://bvmd.de/fileadmin/intern_alle/Positionspapiere/2013/2013-05-04_Positionspapier_Keine_Schliessung_Medizinischer_Fakultaeten_aus_Kosten_gruenden.pdf

bvmd-Geschäftsstelle

Robert-Koch-Platz 7
10115 Berlin

Phone +49 (30)9560020-3

Fax +49 (30)9560020-6

Home bvmd.de

Email buero@bvmd.de

Für die Presse:

Michael Geßner

Email pr@bvmd.de

Vorstand

Jonathan Schütze	(Homburg)
Bastian Barann	(Rostock)
Amir Mohsenpur	(Heidelberg)
Samuel Situmorang	(Bochum)
Martin Lohrengel	(Magdeburg)
Michael Geßner	(Kiel)

Die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland ist ein eingetragener Verein (Vertragsregister Aachen VR 4336). Sitz und Gerichtsstand ist Aachen.

Schon damals lautete das Fazit: "Der Staat darf sich nicht seiner Aufgabe entziehen, ausreichend Mediziner für eine Aufrechterhaltung der Grundversorgung auszubilden."⁶

In den Fällen Lübeck und Halle wurde und wird die Schließung von medizinischen Fakultäten oder Teilen dieser diskutiert. Eine Schließung kompletter medizinischer Fakultäten läuft jeder Bemühung zuwider, genügend ärztlichen Nachwuchs auszubilden. Auch eine Teilschließung, beispielsweise der sog. Vorklinik, wie in Halle diskutiert, ist obsolet. Moderne Didaktik trennt nicht mehr scharf zwischen der Zeit vor und nach dem 1. Abschnitt der ärztlichen Prüfung.

Aus Sicht der Bundesvertretung der Medizinstudierenden sind Ideen zur Schließung von medizinischen Fakultäten oder Teilen dieser, kontraproduktiv. Es wird dabei nur die kurzfristige Ersparnis im Landeshaushalt, aber nicht die langfristigen Folgen von fehlenden Ärztinnen und Ärzten bedacht. Die dadurch auf lange Sicht entstehenden Kosten werden zukünftige Generationen weiter belasten und die Versorgungs- und Ausbildungssituation weiter erschweren. Deshalb darf die medizinische Ausbildung qualitativ nicht und aktuell nicht quantitativ eingeschränkt werden!

Überlegungen zur Schließung von medizinischen Fakultäten oder Teilen dieser, können umso weniger verstanden werden, als dass medizinischer Nachwuchs gefragter ist denn je. Dies macht sich auch an der Zahl von Initiativen bemerkbar, die private Hochschulen in Deutschland gegründet haben oder gründen wollen, um den diskutierten ärztlichen Engpass zu schmälern.⁷

Auf Grund der beständig hohen Bewerberzahlen je verfügbarem Platz an staatlichen Hochschulen⁸ dürfte es dennoch wegen ihrer Motivation und des Wunsches nach einem Medizinstudium genügend Bewerberinnen und Bewerber an privaten Fakultäten geben, auch trotz horrender Studiengebühren.

Die bvmd sieht hier die Gefahr, dass der Zugang zum Medizinstudium noch stärker von dem sozio-ökonomischen Hintergrund abhängig wird. Das Fach Humanmedizin, das von Vielfalt lebt, droht damit zu einem Fach der finanziellen und wirtschaftlichen Elite zu werden. Um das Recht auf Bildung⁹ unabhängig von finanziellen Möglichkeiten zu gewähren, sind Studienplätze an Hochschulen ohne Studiengebühren der gerechteste Weg.

Die Hochschulen werden von ihren jeweiligen Bundesländern finanziert. Viele Landesregierungen müssen ihre Ausgaben einschränken und versuchen daher auch Mittel im Bereich der Hochschulen einzusparen.

Dabei ist an medizinischen Fakultäten davon nicht nur die universitäre, meist vorklinische, Ausbildung, sondern auch die klinische Ausbildung im Rahmen der Universitätsmedizin betroffen. Die Erlöse aus der Krankenversorgung in der Universitätsmedizin decken die Betriebskosten nur unzureichend. Von einer Finanzierung der Lehre durch die Kliniken selber kann also nicht ausgegangen werden. Eine Querfinanzierung jeglicher Art zwischen Lehre und Krankenversorgung lehnt die bvmd wegen einer gewünschten Trennung ab.

6 http://bvmd.de/fileadmin/intern_alle/Positionspapiere/2013/2013-05-04_Positionspapier_Keine_Schliessung_Medizinischer_Fakultaeten_aus_Kosten_gruenden.pdf

7 <http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/56297/Kassel-School-of-Medicine-gestartet>
<http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/55673/Asklepios-baut-Medizinstudium-in-Stettin-auf>

8 <http://hochschulstart.de/index.php?id=476>

9 http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_12.html

Sparanstrengungen im Hochschulbereich scheinen sich stark zwischen den Bundesländern zu unterscheiden. Dies kommt nicht nur durch unterschiedliche finanzielle Reserven der Landeshaushalte, sondern auch durch unterschiedlich hohe Kosten, die in diesem Bereich anfallen, zu Stande. Dabei spielt das Medizinstudium als teuerstes Studium¹⁰ eine Rolle.

Medizinstudierende werden geographisch gesehen in Deutschland sehr ungleich verteilt ausgebildet. So kommt es, dass ein großes Bundesland wie Baden-Württemberg etwa 145 Medizinstudierende pro eine Millionen Einwohner zum Wintersemester 2013/14 an seinen 5 medizinischen Fakultäten beherbergt, ein kleines Bundesland wie Sachsen-Anhalt aber etwa 227 Medizinstudierende pro eine Millionen Einwohner an seinen zwei medizinischen Fakultäten zum Wintersemester 2013/14 hat.¹¹

Mit dieser ungleichen pro-Kopf-Verteilung zwischen den Ländern, geht auch eine ungleiche Finanzierung des ärztlichen Nachwuchses einher, obwohl dieser flächendeckend benötigt wird.

Wegen des Ungleichheitsaspektes und der generellen Finanzierungslücke im Hochschulbereich einiger Bundesländer fordert die bvmd die Bundesregierung auf, sich stärker an der Finanzierung der Hochschulen zu beteiligen.

So könnten beispielsweise infrastrukturelle oder personelle Ausgaben teilweise aus dem Bundeshaushalt finanziert werden und damit die Universitäten und Fakultäten finanziell entlasten. Somit stünden die Hochschulen finanziell wieder besser da und könnten sich rein auf Forschung und Lehre konzentrieren.

Die bvmd fordert alle Beteiligten in Bundestag und Bundesrat auf, die nötige $\frac{2}{3}$ Mehrheit für eine Änderung des Paragraphen 91b im Grundgesetz, zu Gunsten der akademischen Hochschullandschaft, zu Stande zu bringen oder sich auf andere Weise auf eine gemeinsame Grundfinanzierung der Hochschulen zu einigen.

Quellenangaben:

1. http://hochschulstart.de/fileadmin/downloads/NC/WiSe2013_14/bew_medizin_ws13.pdf
2. <http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/56297/Kassel-School-of-Medicine-gestartet>
3. <http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/55673/Asklepios-baut-Medizinstudium-in-Stettin-auf>

¹⁰ <http://www.mft-online.de/presse-standpunkte/pressemitteilungen/2011/neue-studienplaetze-fuer-mediziner-brauchen-zusaetzliche-mittel>

¹¹ Eigene Berechnungen nach

http://hochschulstart.de/fileadmin/downloads/NC/WiSe2013_14/bew_medizin_ws13.pdf